

Beratung und Informationen im LinksTreff:

Zu Wohnung/Miete sowie Hartz IV

immer am letzten Mittwoch im Monat von 17.00 bis 19.00 Uhr
Mit Rechtsanwalt André Roesener

Fragen und Informationen zu Hartz IV

jeden Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr

Sprechstunde der Beratungsstelle für MigrantInnen und Flüchtlinge

des Landesvorstandes der *Linkspartei* jeden Dienstag von 11.00 bis 14.30 Uhr

Informationen zur Basisorganisation

der Wedding *Linkspartei* Montag bis Freitag von 16.00 bis 19.00 Uhr

Prinz-Eugen-Straße 11, 13347 Berlin

Telefon: 465 07 109

E-Mail: pds@linkstreff.de

Web: www.linkstreff.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

Es ist soweit. In Erwägung unserer Möglichkeiten erscheint „Uff'n Wedding“ als Informations- und Mitteilungsblatt der BO Wedding der Linkspartei.PDS. Wir laden alle Interessierten aus dem Kiez ein, Stellung zu nehmen zu kommunalen Zuständen und Vorhaben, sie zu kommentieren und Massnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Kiez vorzuschlagen. Wir wenden uns an alle die in unserem Kiez arbeiten und leben. Wir hoffen durch Information und Aktion mehr MitstreiterInnen, für eine neue soziale Idee, für eine neue Politik in unserem Kiez und unserer Stadt zu motivieren.

Vorankündigung:

Die Basisorganisation der Linkspartei.PDS lädt zu ihrer öffentlichen Mitgliederversammlung am Freitag, den 23. Februar 2007 um 17, 00 Uhr ein

Thema:

Wider den Bestrebungen der Herrschenden, mit Hilfe der so genannten Gesundheitsreform, die medizinische Versorgung als gesellschaftliche Aufgabe zu eliminieren und sie den Bedingungen der neo-liberalen Marktwirtschaft zu unterwerfen

Referent: Prof. Dr. Jens-Uwe Niehoff

•••••

- **Noch in dieser Ausgabe:**
- **Arbeitslosen – Hauptstadt Wedding** S. 3
- **Koalitionsvertrag mit starker sozialer Ausrichtung** S. 5
- **Die neue Linke** S. 6
- **Unser Mann im Wedding** S. 8
- **Das Haus der Jugend joggt** S. 9
- **Vorsicht Satire, Rentnerggespräch** S. 10

•••••



Das Gespenst der Armut von Arslan Yilmaz

In der Geschichte der BRD gab es bisher zwei Armutsberichte (2001 und 2005). Vorher hatten sich deutsche Regierungen vehement geweigert, überhaupt von Armut im „reichen Deutschland“ zu sprechen. Es gäbe ja die „sehr gute soziale Absicherung“. Die bisherigen Armuts- und Reichtumsberichte belegten in der Tat, dass Deutschland - pauschal gesehen – ein „reiches Land“ ist. Aber in Deutschland ist der Reichtum sehr ungleich verteilt. Einer kleinen Schicht von Reichen steht eine sehr große Schicht von Armen gegenüber.

Trotz Warnungen der Gewerkschaften und Sozialverbände wurde die Armut von der Politik im Großen und Ganzen ignoriert und im öffentlichen Bewusstsein nur am Rande wahrgenommen. Im Klartext, es kursiert immer noch die Meinung: Wer arm ist, hat selber Schuld. Die Ansicht, alle seien faul und asozial und wenn man ihnen nicht die Leistungen kürze, kriegten sie nie mehr ihren Hintern hoch, wird sowohl von Politikern als auch von Bildungslesern vertreten.

Wer früher in diesem Land mit wenig Geld ein bescheidenes Leben führen konnte, wurde spätestens mit dem Beginn der Reformen mit der bitteren Realität konfrontiert und ist heute vom gesellschaftlichen

Leben weitgehend ausgeschlossen. Die Armut und die Angst vor dem sozialen Ausstieg haben sich in diesen Tagen bis in die Mitte der Gesellschaft ausgebreitet und gravierende Folgen: Es ist wissenschaftlich zu belegen, dass, wer arm ist, häufiger krank wird, eine niedrigere Lebenserwartung und geringere Bildungschancen hat usw.

Nullrunden ohne Ende

Dieser Zustand ist leider nicht statisch, sondern dynamisch. Die Politik des Sozialabbaus ist noch nicht am Ende angelangt, sondern wird verschärft fortgesetzt. Von der anhaltenden Reformpolitik

Fortsetzung auf Seite 2

Wussten Sie, dass

- rund 11 Mio. Menschen in Deutschland arm sind¹
- über 3 Mio. Haushalte überschuldet sind²
- ca. 1,7 Millionen Kinder, jedes 7. Kind in Deutschland, auf Sozialhilfe, Sozialgeld (SGB II) oder Kinderzuschläge auf Sozialhilfeniveau angewiesen sind³
- die Lebenserwartung von Armen um über 7 Jahre niedriger ist⁴
- Jeder zweite Rentner unterernährt ist⁴
- fast 300.000 Menschen heute ohne Krankenversicherungsschutz sind
- über 2,5 Mio. Beschäftigte nur Armutslöhne bekommen

¹ Laut „Armut- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung galten im Jahr 2003 ganze 13,5 Prozent der Bevölkerung als arm, das sind rund 11 Millionen Menschen; ² In Deutschland sind 8,1 Prozent aller Privathaushalte überschuldet, das sind 3,13 Millionen Haushalte: Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ³Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2005; ⁴11. Kongreß „Armut und Gesundheit“, 2005

sind die RentnerInnen nicht verschont geblieben. Einerseits durch die Nullrunden, durch die 50% tige Erhöhung der Sozialkosten, die Erhöhung der Krankheitskosten und der MwSt. wurden der Altersarmut Tür und Tor geöffnet. Die Rentenansprüche der kommenden Generationen wurden faktisch abgeschafft.

Wo bleibt die von den politischen Parteien propagierte Gleichheit? Seit wann ist der Artikel 1 des GG „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ abgeschafft?

Wo bleibt die Menschenwürde

Nur wo der unbedingte Schutz der Menschenwürde gewährleistet ist, kann man von einem gleichberechtigten und freiheitlichen Gemeinwesen sprechen. Menschenwürde ist ein übergeordneter Maßstab für menschliches Handeln und kann nicht von der Leistungsfähigkeit eines Menschen abhängig gemacht werden.

Aber genau dieses Grundprinzip wird bei den Reformen außer Acht gelassen. Daher ist es nicht von ungefähr, dass der Begriff „Unterschicht“, in letzter Zeit thematisiert wird. Jedoch haben wir in Deutschland eher ein Problem mit einer Oberschicht, die nur gierig nach Profit ist, nie gesamtgesellschaftlich denkt und mit

einer Politik, die dieser Oberschicht zu Diensten ist. In einer Zeit, in der landesweit Generalmobilmachung stattfindet, um zu sparen und den Staat zu sanieren, zahlen die Besserverdienenden dieses Landes - wegen unzureichender Prüfungen durch die Finanzämter (alle 30 Jahre) - zu wenig Steuern. Während wir den Gürtel immer noch enger schnallen sollen, wurden durch eine große Steuerreform dieser „Oberschicht“ wieder Milliarden geschenkt und die Aktiengesellschaften und GmbHs sollen um weitere 5 Milliarden Euro entlastet werden. Die ungleiche Behandlung in diesem Land zieht sich durch alle Bereiche. Auch bei der Einführung des neuen Elterngeldes haben die Geringverdiener und Arbeitslosen bis zu 50 Prozent ihrer Ansprüche verloren.

Wenn man ein Fazit zieht, ist klar, dass diese soziale Schieflage nicht Schicksal ist, sondern gewollt und Folge einer vorprogrammierten Politik. Anstatt über die Unterschicht zu diskutieren, sollte man eher die Oberschicht ins Visier nehmen. Denn wer Armut wirksam bekämpfen will, wird auch den vorhandenen und auf Kosten der Schwachen wachsenden Reichtum antasten müssen. ■

keinen, der so eine niedrige Stromrechnung hat, aber Hartz-IVer kriegen nur 1,70 • für Reinigungsmittel, für Körperpflege ist gar nichts ausgewiesen, also können sie ja auch nur selten duschen oder ihre Waschmaschine benutzen. Und von den 123,76 • für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren können sie auch höchstens zweimal in der Woche kochen. Da brauchen die natürlich viel weniger Strom.

Und wenn die Rechnung doch höher ist, dann müssen sie eben die 6 • für Schuhe einsparen und die 5,95 • für Möbel. Letzteres ist doch ohnehin frei verfügbare Masse. Bis sich der Schwager vom Pawliczek von dem Geld neue Möbel kaufen kann, liegt der doch längst in der Kiste. Und die wird ebenso wie das anonyme Massengrab schließlich vom Staat bezahlt.“

„Nirschl, wenn das Verbraucherverhalten von 1998 stammt, dann müsste das Geld für Gesundheitsaufwendungen aber erhöht worden sein. Damals gab es ja noch keine Praxisgebühr und keine Arzneimittelzuzahlung.“

„Ja, das hat man natürlich berücksichtigt. Deshalb wurde der Prozentsatz auch von 36 % der Ausgaben der untersten Einkommensschicht auf 60 % angehoben.“

„Aber es werden doch nach wie vor nur

345 • gezahlt.“

„Tja, Köstlmaier, manchmal gibt es eben seltene Zufälle. So haben die Experten gleichzeitig mit der Erhöhung der Gesundheitskosten festgestellt, dass man für Nahrungsmittel und Bekleidung viel zu hohe Prozentsätze berechnet hatte, und dies revidiert. Dass dies auf den Cent genau die Erhöhung im Gesundheitsbereich ausmacht, ist nur einer dieser seltenen Zufälle.“

„Aber immerhin wird einem Hartz IV-Empfänger ein Kleinauto zugestanden, damit er wegen der besseren Mobilität größere Chancen am Arbeitsmarkt hat.“

„Nun, das ist so nicht ganz richtig. Es liegt ja schließlich kein Auto im Warenkorb. Er musste es also vorher schon erworben haben. Aber auch dann kann er es nur nutzen, wenn er es zum Tretauto umbaut.“

„Wieso das denn?“

„Weil in dem Warenkorb weder Sprit, noch Geld für KFZ-Steuer oder –Versicherung sind, ganz zu schweigen von Reparaturen.“

Komm Köstlmaier, lass uns zu Inge gehen, bevor die auch noch Hartz IV beantragen muss. Ich gebe einen aus.“



Rentnergespräch

von Spreewolf

Warenkorb für ein menschenwürdiges Leben?

„Du Nirschl. Der Schwager vom Pawliczek ist doch schon einige Zeit arbeitslos. Und als Schlosser hat der mit seinen 48 Jahren kaum noch Aussicht auf einen Job. Gestern hab ich ihn getroffen, und da hat er mir erzählt, dass er gar nicht mehr weiß, wie er mit den 345 • auskommen soll.“

„Wieso merkt er das denn jetzt erst?“

„Erst hat er ja noch Arbeitslosengeld I bekommen, und in der Hoffnung, wieder eine Anstellung zu kriegen, hat er anfangs noch die Hypotheken für seine Wohnung bezahlt und dabei seine ganzen Ersparnisse verbraucht. Aber seit vier Monaten kriegt er nur noch Hartz IV und der Verkauf seiner Wohnung hat nicht mal ausgereicht, die restlichen Zinsen und Hypotheken abzudecken.“

„Und wo ist das Problem, Köstlmaier? Schließlich haben Experten ausgerechnet, dass man mit dem Geld ein menschenwürdiges Leben führen kann. Die haben dafür extra einen Warenkorb zusammengestellt.“

„Und wie hat man das gemacht?“

„Man hat das Verbraucherverhalten der untersten 20 % Einkommensschicht zugrunde gelegt.“

„Hm, das ist doch fair.“

„Natürlich hat man aus dem Verbraucherverhalten prozentuale Abstriche gemacht. So hat man sich zum Beispiel gedacht, dass ein Hartz IV-Empfänger weder Maßanzüge und Pelze, noch Wohnmobile und Segelflugzeuge braucht.“

„Wie? Die unterste Einkommensschicht ist so angesetzt, dass sie sich Segelflug-

zeuge kaufen kann?“

„Natürlich nicht. Die Obergrenze liegt bei 985 Euro, aber schließlich ist es denen ja nicht verboten, solche Sachen zu kaufen.“

„Aber den Warenkorb hat man doch sicher seit 1998 an die heutigen Preise angeglichen?“

„Man hat die Entwicklung des Warenkorbs nicht an den Preisindex geknüpft, sondern an das Rentenniveau. Da dieses seit 2003 unverändert ist und bis 2009 auch so bleibt, ändert sich am Warenkorb auch nichts.“

„Aber dann liegt ja praktisch immer weniger Ware in dem Korb. Alleine schon durch die Mehrwertsteuer-Erhöhung.“

„Köstlmaier, das siehst du ganz falsch. Wenn man sich den Korb genau ansieht, ist das alles völlig logisch.“

„Was soll denn daran logisch sein, Nirschl?“

„Na sieh mal: Zum Beispiel sind in dem Korb 20,74 • für Strom. Ich kenne zwar



Arbeitslosen - Hauptstadt Wedding

Jeder zweite Erwerbsfähige im Wedding bezieht Arbeitslosengeld

Wirklich erschreckend sind die Arbeitslosenzahlen erst, wenn man sie nicht manipuliert wie die Agentur für Arbeit. So ist für diese Behörde weder ein Ein-Euro-Jobber, noch ein 58jähriger oder älterer ohne Arbeit statistisch arbeitslos. Zu den **6,85 Millionen** Beziehern von Arbeitslosengeld kommen noch die Hunderttausende (oder Millionen?) Arbeitslose hinzu, die keinen Anspruch auf ALGII haben, weil ihre Partner nach den Richtlinien der Almoseneinrichtung HartzIV „zuviel“ verdienen.

Offizielle Arbeitslosenstatistik (abs.)	
Deutschland ges.	4.487.000
Deutschland West	3.007.000
Deutschland Ost	1.480.000
Berlin*	343.000
Bezirk Mitte**	41.000
Wedding***	26.000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit Jahreswerte 2006
 * Quelle: Mikrozensus 2005
 **einschl. Wedding
 *** ermittelt anhand Vergleichsrechnungen aus Berliner Mikrozensus 2005 und BGB Berlin-Mitte

Bezieher von ALG I u II (abs.)	
Deutschland ges.	6.850.000
davon Hartz IV (ALGII)	5.400.000
Deutschland West	4.584.000
Deutschland Ost	2.750.000
Berlin*	521.000
Bezirk Mitte**	62.000
Wedding***	39.000
davon Hartz IV (AlgII)	31.000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit Jahreswerte 2006
 * Quelle: Mikrozensus 2005
 ** einschl. Wedding
 ***31.12.2004 ermittelt anhand Vergleichsrechnungen aus Berliner Mikrozensus 2005 und BGB Berlin-Mitte Deutschland ges. von BfA, alle anderen hiernach

Offizielle Arbeitslosenstatistik (%) ²	
Deutschland ges.	10,8
Deutschland West	9,1
Deutschland Ost	17,3
Berlin*	19,4
Bezirk Mitte**	24,3
Wedding***	32,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit Jahreswerte 2006
 *Quelle: Mikrozensus 2005
 **einschl. Wedding
 *** ermittelt anhand Vergleichsrechnungen aus Berliner Mikrozensus 2005 und BGB Berlin-Mitte
² aller erwerbsfähigen Personen

Bezieher von ALG I u, II (%) ²	
Deutschland ges.	16,5
davon Hart IV (ALGII)	13,0
Deutschland West	12,7
Deutschland Ost	26,3
Berlin*	29,5
Bezirk Mitte**	36,9
Wedding***	49,7
davon Hartz IV (AlgII)	39,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit Jahreswerte 2006
 *2005
 ** einschl. Wedding
 *** 31.12.2004 ermittelt anhand Vergleichsrechnungen aus Berliner Mikrozensus 2005 und BGB Berlin-Mitte Deutschland ges. von BfA, alle anderen hiernach hochgerechnet
² aller erwerbsfähigen Personen

Nach einer im Januar veröffentlichten Studie der Dresdner Bank hat das Geldvermögen der privaten Haushalte 2006 um 240 Milliarden Euro auf **4,53 Billionen •** zugelegt. Wohlgermerkt, da ist kein Haus, kein Auto und keine Yacht bei. Das gesamte Privatvermögen dürfte jetzt bei weit jenseits **10 Billionen •** liegen. Die langjährige durchschnittliche Wachstumsrate, bedingt durch Kapitalgewinne, von 5,5 % wurde weit übertroffen. Zum Vergleich: Die Arbeitslöhne sind in den letzten 12 Jahren preisbereinigt um 0,9 % gesunken. 4,53 Billionen, das sind für jeden Bundesbürger mehr als 55.000 Euro. Leider nur statistisch, denn der größte Teil dieses Vermögens befindet sich in den Taschen einer kleinen privilegierten Clique.

Werner Schulten

Koalitionsvertrag mit starker sozialer Ausrichtung



Lange hatte die Basis der Linkspartei.PDS angesichts des schlechten Wahlergebnisses eine erneute Regierungsbeteiligung in Berlin abgelehnt. Die Alternative wäre jedoch gewesen, die Berliner Bürger den mehr oder weniger Neoliberalen auszuliefern. Als Folge wären sicher die vielen kleinen Erfolge der letzten fünf Jahre wieder rückgängig gemacht worden, und – viel schlimmer – der nur durch Linkspartei.PDS verhinderte Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge zu Lasten der Bürger wäre in vollem Umfang durchgesetzt worden.

Schweren Herzens entschloss sich die Landespartei, die Verhandlungen mit der SPD zu beginnen und einen Koalitionsvertrag abzuschließen, wenn in ihm folgende Vereinbarungen klar festgelegt sind:

1. **Kein Verkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge**
2. **Die Schaffung von tariflichen Arbeitsplätzen als Alternative zu Ein-Euro-Jobs**
3. **Einstieg in eine Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Muster**
4. **Keine Einführung von Studiengebühren**

Der im November unterzeichnete Koalitionsvertrag enthält auf Drängen der Linkspartei.PDS gegen teilweisen Widerstand der SPD zu den o. Punkten u.a. folgende Vereinbarungen:

1. Kein Verkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge

Die Koalition **lehnt Privatisierungen** bei Betrieben der Daseinsvorsorge **ab**. Die Sicherung von bezahlbarem und angemess-

Das Haus der Jugend joggt

Die Gegend rund um den Nauener Platz im Wedding galt lange Zeit als „Schmuddelecke“: Der Platz war geprägt durch Verwahrlosung und galt als Drogenumschlagplatz. Die Initiative **Nauener. Neu!** hat sich gegründet, um das negative Image des Kiezes durch eine Belebung und Verschönerung des Platzes zu verbessern. Dazu werden Flohmärkte, Aufräumaktionen, Gesprächskreise und Infoabende veranstaltet. Langfristig ist die Gründung eines Vereins **Nauener. Neu!** geplant, um die Arbeit mit einer festen Gruppe fortsetzen zu können.

Im Oktober 2004 wurde das Platzmanagement Alexanderplatz damit beauftragt, eine Geschäftsführung für den Initiativenaufbau zu übernehmen. Projektkoordinator ist René Wagener, der auch die wöchentlichen Sitzungen der Initiative leitet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeweils von 14 bis 15 Uhr, im Haus der Jugend, Reinickendorfer Str. 54, Seminarraum 204 im 2. OG.

Die Initiative gibt monatlich eine Kiezzeitung heraus: „Der Nauener“. Immer am ersten Samstag im Monat findet ein Kinder- und Familienflohmärkte statt. Seit Anfang 2005 betreibt die Initiative im Haus der Jugend das rauchfreie Nachbarschaftscafé Naumi.

Aus einem Bürgerbeteiligungsverfahren, veranstaltet vom Bezirk Mitte in Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement

Pankstraße, gingen zwei Planungsvarianten zur Umgestaltung des Platzes hervor, die im April 2007 beginnen und im



Frühjahr 2009 fertig gestellt sein soll.

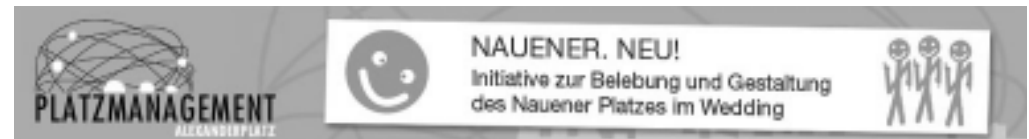
Das Programm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“, ExWoSt, hat 2006 entschieden, den Nauener Platz als Modellprojekt zu fördern.

Die Initiative **Nauener. Neu!** sucht noch Leute im Kiez, die Zeit und Lust haben, ehrenamtlich mitzuarbeiten. Konkrete Projektideen sind gefragt. So ist u. a. geplant, mit einer Gruppe Jugendlicher für den Berlin-Marathon zu trainieren (34. Berlin-Marathon: 29./30. September 2007).

Der Linkstreff wünscht frohes Joggen!

Weitere Infos unter: www.nauenerneu.de oder www.hausderjugendmitte.de

von Brian E. Janßen



Unser Mann im Wedding

Wolfgang Krüger, Bezirksverordneter der BVV Mitte

15. Dezember. Speisesaal der „Brüder-Grimm-Schule“. Mitten in den Vorbereitungen der Fotoausstellung zum Projekt „Tegeler Straße“ ist Wolfgang Krüger anzutreffen. Die Ausstellung ist ein Zwischenbericht, zeigt, wie der Schulgarten urbar gemacht wurde, sich Hausbesitzer, Gewerbetreibende, Vereine und Initiativen, Bürgerinnen und Bürger dieser Straße und vom Kiez zusammenfanden und die Ärmel hoch krepelten, um anzupacken bei der Gestaltung einer attraktiven Wohn- und Flaniermeile.

Der Ausstellungsort ist vom Projektträger „Aktiv im Kiez e.V.“ bewusst gewählt worden. War doch die Wiederbelebung des Schulgartens der Beginn des Projekts im Jahre 2005.



Die Fotos zeigen das Davor, Dabei und Danach. Dokumentieren das Miteinander von Jung und Alt, beseelt von dem Willen: Unser Kiez soll schöner werden. Für uns, die wir hier wohnen, aber auch für die zufällig vorbeischauenden Gäste dieser Stadt.

Für Wolfgang Krüger, den „Fotografen“, erzählen die ausgewählten Bilder der Ausstellung von diesem Miteinander, der Kraft gemeinsamen Handelns der Menschen im Kiez.

„Leben die Kieze – Lebt die Stadt“ ist das Motto des bekennenden Sozialisten, der seit 1998 für den Wedding als Bezirksverordneter für die Linkspartei.PDS aktiv wirkt. Seit 2002 im fusionierten Bezirk Mitte.

„Ich meine, dass ein Abgeordneter vor Ort aktiv und durch praktische Tätigkeit bekannt sein muss. Ich bin in den Gebieten des Sprengelkietzes und Moabit Wests tätig, wo man mich im QM, Quartiersrat, Kiezrat und im Moabiter Plenum im Schlösschen kennt“, sagt der Zweiundsechzigjährige über sein Wirken.

Jetzt schon beginnen die Beratungen für die Stadtgebietsentwicklung ab 2008. Dabei setzt sich Wolfgang Krüger engagiert für die nachhaltige Einbindung des Auf- und Ausbaus des Sprengelhauses, dem interkulturellen Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung, ein.

So ist er, unser Wolfgang. Leben für den Kiez, mit und für die Bürgerinnen und Bürger.

Bernhard Tornow

Foto: Wolfgang Krüger zweiter von rechts

senem Wohnen für alle BürgerInnen der Stadt ist eine Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind dafür ein unverzichtbares Instrument...

Verkäufe von Wohnungen sind auf das zur Eigensicherung und Bestandsarrondierung zwingend erforderliche Maß zu begrenzen. Blockverkäufe an große Investmentgesellschaften sind **ausgeschlossen**. Einzelne Wohnungsverkäufe sind **nur unter folgenden Maßgaben** zu realisieren: vorrangiger Verkauf an Mieter, Mietergemeinschaften, Genossenschaften oder städtische Gesellschaften sowie Sicherung der sozialen Mieterinteressen.

Die Koalition **garantiert** den Fortbestand der BVG als vollintegriertes und vollständig im öffentlichen Eigentum stehendes Unternehmen.

Die Koalition bekennt sich zum Miteinander von öffentlichen, kirchlichen und anderen freigemeinnützigen sowie privaten Krankenträgern. Unabhängig davon wird die Koalition am Erhalt der öffentlichen Trägerschaft von Charité und Vivantes **festhalten**.

2. Die Schaffung von tariflichen Arbeitsplätzen als Alternative zu Ein-Euro-Jobs

Solange es eine bundesgesetzliche Öffnung im Sinne einer Zusammenfassung der aktiven und passiven Leistungen nicht gibt, wird das Land ... ein eigenes Programm mit ca. 2.500 Förderfällen auflegen...

Die Koalition wird die begonnenen Pilotprojekte zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung langzeitarbeitsloser Hilfeempfangender als Alternative zu Ein-Euro-Jobs zu einem

Programm „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ ausbauen.

3. Einstieg in eine Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Muster

Wir wollen die soziale Auslese in unserem Bildungssystem und die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom sozialen Hintergrund der Kinder überwinden...

Auf dieser Grundlage wollen wir ein Konzept für eine Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 bzw. bis zum Abitur entwickeln. Deshalb beginnen wir mit einer „Pilotphase“ den schrittweisen Einstieg in eine Gemeinschaftsschule, die sich am **skandinavischen Prinzip** der ungeteilten Schule orientiert.

4. Keine Einführung von Studiengebühren

Die Koalitionsparteien halten an einem diskriminierungsfreien Hochschulzugang fest. Für den Hochschulzugang darf es **keine finanziellen Hürden** geben.

Werner Schulten



Die neue LINKE von Werner Schulten

Noch in diesem Jahr vereinigen sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei **DIE LINKE**. Eine historische Chance für alle linken demokratischen Kräfte, gemeinsam für eine gerechte, den Menschen in den Mittelpunkt stellende Gesellschaft zu kämpfen.

Für welche Werte die neue Partei steht und welche Ziele sie verfolgt, wollen wir in dieser und den kommenden Ausgaben vorstellen mit Auszügen aus den programmatischen Gründungsdokumenten.

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab.

Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchalisch, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.

Wir sind Teil der Europäischen Linken, der sozialen und Friedensbewegungen.

I. Gemeinsam für eine andere Politik

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings sind die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und die Lebenschancen ungleich verteilt. Dies ist Folge hoch konzentrierter Kapitalmacht, sie entsteht aus dem Vorgang der internationalen Finanzmärkte und dem Übergang der Herrschenden von einer Politik des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einer marktradikalen, neoliberalen Politik.

Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft.

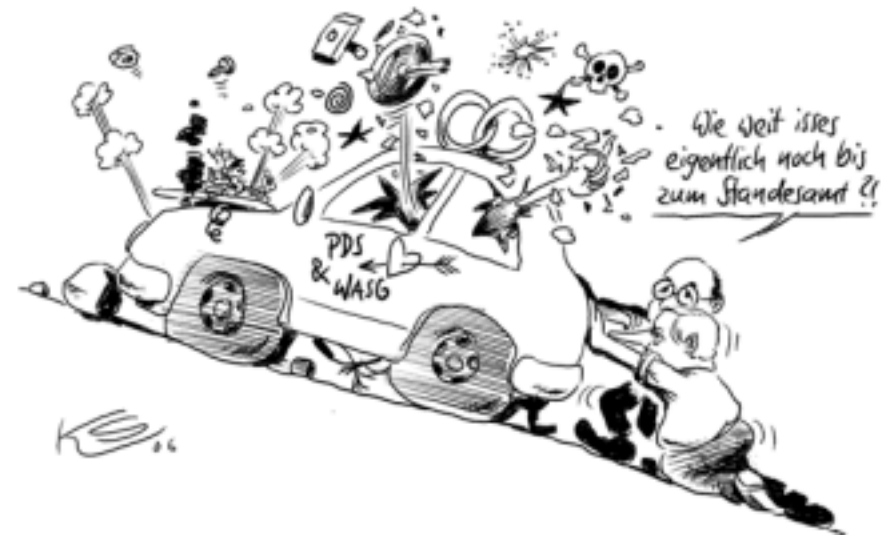
Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Die

Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.

Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformativen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des Anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.

Dazu machen wir uns im Hier und Heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen patriarchale und rassistische Unterdrückung.

Für die Überwindung von Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen ist eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche die Bedingung. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.



In der Bundesrepublik verlangt das Grundgesetz, über Gesetze und Regeln sicherzustellen, dass das Eigentum dem Gemeinwohl dient. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes der Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht zu politischer Macht entgegenzuwirken.

DIE LINKE erarbeitet konkrete Vorschläge, wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu ermöglichen. **DIE LINKE** sieht im Vorhandensein unterschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft anstatt den weiteren Weg der Privatisierung und Monopolisierung zu beschreiten.

Aufgabe linker Politik bei der Schaffung eines modernen Sozialstaates ist der dauerhafte Schutz der Menschen in großen Lebenskrisen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit

und Armut.

Wir treten ein für die Ziele der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen und Bewegungen gegen staatliche Repression, für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte.

Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus.

Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.

(Fortsetzung folgt)

(Der komplette Entwurf des Gründungsdokumentes „Programmatische Eckpunkte“ ist auf unserer Website verlinkt >www.linkstreff.de<)